

Gottscheer Zeitung

Bezugspreise:

für Jugoslawien: ganzjährig 20 K., halbjährig 10 K.
für Österreich: ganzjährig 26 K., halbjährig 13 K.
für Amerika: 2.50 Doll. — Einzelne Nummern 70 h.

Gottschee, 1. März 1920.

Briefe ohne Unterschrift werden nicht berücksichtigt. — Zuschriften werden nicht zurückgestellt. — Berichte sind zu senden an die Schriftleitung. — Postsp.-Nr. 10.975. Anzeigen-Aufnahme u. Berechnung in der Buchdruckeret.

Muß das Kleingewerbe zugrunde gehen?

Nur zu oft hört und liest man heutzutage die Behauptung: Dem Kleingewerbe ist nicht zu helfen, es muß naturnotwendig zugrunde gehen; alle Rettungsversuche sind aussichtslos. Insbesondere ist es die Sozialdemokratie, die dem Kleingewerbe die Lebensmöglichkeit abspricht. Das sozialdemokratische Erfurter Programm besagt u. a.: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes.“ Und weiter: „Hand in Hand mit der Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität (Ertragsfähigkeit) der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert (für sich allein in Beschlag genommen). Für das Proletariat und die versinkenden Mittelstandsschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Anechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter.“

Die Sozialdemokratie, wenigstens die nicht-revisionistische, sieht also das Kleingewerbe grundsätzlich für verloren an und betrachtet den Mittelstand als dem Siechtum geweiht, dem allmählichen, aber sichern Absterben überantwortet. „Die Sozialdemokratie“, sagte der Sozialdemokrat Ledebour einmal in einer in Berlin gehaltenen Versammlung, „hat mit dem Mittelstand absolut nichts gemein und wird sich niemals dazu hergeben, die Interessen des Mittelstandes, d. h. der Handwerker, Ladenbesitzer, Kleinindustriellen usw. zu vertreten, da auch diese nur zu der Klasse der Ausbeuter gehören. Auf irgendwelche Hilfe gegen die Passionen des Großkapitals, der Großindustrie, der Großbafare (Warenhäuser), der Konsumvereine usw. hat der Mittelstand seitens der Sozialdemokratie nicht zu hoffen, sondern es wird gerade das Bestreben sein, solche Bafare, Großgeschäfte usw. im Kampfe gegen den Mittelstand zu unterstützen.“

Nicht der Blick auf das wirkliche Leben ist es, der die Sozialdemokratie gewissermaßen zur Todeserklärung des Kleingewerbes veranlaßt hat, sondern die graue Theorie, in die sie sich eingesponnen. Steht es doch außer Zweifel, daß das wirkliche Leben und die tägliche Erfahrung ganz anders aussieht als die sozialdemokratische Theorie. Es ist ja gewiß vollkommen richtig, daß manche Kleingewerbe — wir nennen beispielsweise das Hutmachergewerbe —, die früher einmal blühten,

zugrunde gegangen sind und nicht mehr zum Leben erweckt werden können. Wichtig ist es ferner, daß noch immer in Stadt und Land ab und zu ein Kleinbetrieb eingeht, besonders wenn sein Inhaber zu wenig technische und kaufmännische Kenntnisse und Fertigkeiten besitzt und deshalb mit den Anforderungen der Zeit nicht mehr Schritt halten kann. Man darf aber solche Fälle nicht verallgemeinern. Hören wir nur, was die Gewerbestatistik besagt. Sie unterscheidet bekanntlich Klein-, Mittel- und Großbetriebe. Die Kleinbetriebe zerfallen ihrerseits in Alleinbetriebe (Betriebe, in denen der Meister ohne Motor und ohne fremde Hilfskraft arbeitet) und in Gehilfenbetriebe (mit Motor, bezw. 1 bis 5 fremden Hilfspersonen). Mittelbetriebe sind Betriebe mit 6 bis 50, Großbetriebe solche mit über 50 fremden Hilfskräften.

In Deutschland gab es im Jahre 1882 2,882.768 Kleinbetriebe mit 4,335.822 Beschäftigten. Bis 1907 haben sich diese Kleinbetriebe nicht etwa vermindert, sondern um 241.430 Betriebe, also um acht Prozent vermehrt, nämlich auf 3,124.198 Kleinbetriebe mit 5,353.576 beschäftigten Personen. Allerdings sind in dem genannten Zeitraume auch manche Kleinbetriebe verschwunden und eingegangen, aber das trifft nur die Alleinbetriebe (Betriebe ohne Hilfskräfte), die übrigen Kleinbetriebe haben sogar stark zugenommen, und zwar viel mehr noch als der Bevölkerungszuwachs ausmacht. Wenn aber die Alleinbetriebe, also die minderen Betriebsformen, zugunsten der Kleinbetriebe mit fremden Hilfskräften abnehmen, so zeugt das sicherlich von großer Lebenskraft und Entwicklungsfähigkeit des Kleingewerbes. Oder ist es kein begrüßungswerter Fortschritt, wenn der Meister, der bisher allein in seinem Betriebe gearbeitet hat, sich Motoren anschafft und fremde Hilfskräfte einstellt? Überdies arbeiten sich zahlreiche Kleinbetriebe zu Mittelbetrieben empor, also zu höheren Betriebsformen.

Im früheren Oesterreich ist der gleiche Entwicklungsgang festzustellen wie in Deutschland. Es darf demnach nicht wundernehmen, wenn das Dogma vom bevorstehenden und unvermeidlichen Untergang des Kleingewerbes selbst von einem Teil der Sozialdemokratie (den Revisionisten) bereits aufgegeben worden ist. So schreibt Genosse Eduard Bernstein in seinem Werke „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgabe der Sozialdemokratie“ u. a.: „Neben einer zunehmenden Zahl von Großbetrieben sind auch bei einer ganzen Reihe von Gewerbebezweigen kleinere und Mittelbetriebe durchaus lebensfähig. Zunächst gilt dies für verschiedene Zweige der Holz-, Leder- und Metallbearbeitung, wofür sich die kleineren und mittleren Betriebe gerade so gut wie die großen eignen. Sodann behaupten sich zahlreiche Betriebe kleinen und mittleren Umfangs durch die Vorteile, welche der unmittelbare Verkehr mit dem

Konsumenten darbietet; dies zeigt sich besonders gut bei den Bäckereien, die neben den Brot- und Kuchenfabriken ihr Feld behauptet haben, gilt aber ebenso für eine ganze Reihe anderer Gewerbe, wie das Fußschmiede-, Stellmacher (Wagner)-Gewerbe, die Schneiderei, Schuhmacherei, Sattlerei, Tischlerei, das Tapezierergewerbe, die Uhrmacherei usw., wo Kundengeschäft, Reparatur und Kleinhandel vielfach auskömmlichen Verdienst abwerfen. Weiterhin fördert auch der Großbetrieb selbst die kleineren und mittleren Betriebe, indem er ihnen Hilfsstoffe und Hilfsfabrikate billig zur Verfügung stellt. Schließlich verschafft auch der zunehmende Luxusbedarf der Reichen und Wohlhabenden den kleineren und mittleren Betrieben Arbeitsgelegenheit; man denke bloß an die Juwelenfabrikation, Feinmetallverarbeitung und Kunstbruderei. So nehmen die Klein- und Mittelbetriebe zu und nur die Zwergbetriebe gehen zurück. Es ist daher eine Einbildung, von den Großbetrieben zu erwarten, daß sie in absehbarer Zeit die kleinen und Mittelbetriebe auffangen, wie es auch eine Trümmerei ist, von den kapitalistischen Warenhäusern eine nennenswerte Auffangung der mittleren und kleineren Läden zu erwarten.“

Das sind richtige Ausführungen, die von der Wirklichkeit bestätigt werden. Es ist also ein Irrtum, zu glauben, daß das Kleingewerbe als solches samt und sonders dem Untergang geweiht ist; es eröffnen sich ihm im Gegenteil vielfach gute Zukunftsaussichten, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß es nicht hinter den Anforderungen der Zeit zurückbleibt, sondern auf seine Vervollkommnung bedacht ist. Kein Gewerbebetreibender darf heute auf die technischen Hilfsmittel unserer Zeit verzichten. Wer dies tut, kommt einem vor wie einer, der neben der Eisenbahn auf dem Maultiere reitet: er kann die Konkurrenz nicht aushalten.

Nus Stadt und Land.

Gottschee. (Ernennung.) Herr Dr. Janjo Brejc ist zum Landespräsidenten von Slowenien ernannt worden.

— (Die regelmäßige Rekrutierung) der Jünglinge der Geburtsjahre 1896, 1898, 1899 und 1900 findet in der Zeit vom 1. bis einschließlich 13. März 1920 statt.

— (Die Umwechslung) alter Banknoten für Dinar-Kronennoten hat beim hiesigen Steueramte am 23. Februar begonnen und endet am 15. März. Die Umwechslung findet täglich, mit Ausnahme von Sonntagen, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags statt, und zwar für die Gemeinden: Gottschee am 23. und 24. Februar, Diefeld und Schwarzenbach am 25., Seele am 26., Mitterdorf am 27., Malgern und Gbental am 28., Alltag am 1. März, Mjöl am 2., Sanjalota am 3., Nessel,

tal am 4., Graßlinden, Unterdeutschau und Unterlag am 5., Fara am 6., Nieg und Kotschen am 8., Göttenitz und Morobitz am 9., Hinterberg am 10., Suchen am 11., Döllnitz am 12., Obergras und Briga am 13. März. Nach dem 15. März 1920 wird nicht mehr gewechselt. Die alten Banknoten zu 20, 50, 100 und 1000 K sind daher ab 16. März wertlos. Da nahezu zehn Sorten falsche 1000 K-Banknoten im Umlauf sind, werden einige Merkmale zur Aufklärung angeführt. Die Farbe ist viel lichter (zitronengelb statt orange), der Adler ist verschwommen und hat bei einigen Exemplaren keine Zunge; auch sind statt vier Beinen nur drei sichtbar. Außerdem ist die Schrift unregelmäßiger als bei den echten usw. Viele Fälschungen tragen den Stempel „Kreditni zavod u Ljubljani“.

— (Die Jungen und die Alten.) Wie uns mitgeteilt wird, besteht in den Gottscheer Landgemeinden bei den alten Mitgliedern der Gemeindeausschüsse vielfach eine Abneigung dagegen, sich bei den künftigen Gemeindevahlen wieder in den Gemeindeausschuß wählen zu lassen. Das wäre in solcher Allgemeinheit für unsere Gemeinden sicherlich von Nachteil. Es ist ja gewiß gut und richtig, daß auch neue Kräfte sich betätigen sollen, daß auch die Jüngeren daran kommen sollen, bei der Gemeindeverwaltung mitzuraten und mitzutaten. Allein eine ganz allgemeine Auswechslung der Gemeindeausschüsse wäre doch nicht das Richtige. Es müssen von den älteren Mitgliedern doch wenigstens so viele bleiben, daß die Jüngeren in ihr Amt und in ihren Wirkungsbereich eingeführt werden können. Noch etwas kommt dabei in Betracht. Es könnte nämlich auch der Fall eintreten, daß da und dort auf dem Lande ein ausschließlich oder nahezu ausschließlich aus Sozialdemokraten bestehender Gemeindeausschuß gewählt wird. Da nun die Sozialdemokraten nach ihrer Organisation von den betreffenden Zentralorganisationen ihre Richtlinien vorgeschrieben bekommen, wäre es leicht möglich, daß im Gemeindeausschuße die sozialdemokratische Parteilinie höher gewertet und als wichtiger angesehen würde als das Wohl der Gemeinde. Das sollten alle Gutgesinnten und Besonnenen wohl bedenken und nicht aus bloßem Bequemlichkeitsdrange widerstandslos Leuten Platz machen, deren Beruf als Verwalter der Gemeinde ein sehr fraglicher ist.

— (Ausschließlich slowenische „Schulnachrichten“.) Nach einer kürzlich herabgelangten Verordnung sind von nun an auch an den deutschen Volksschulen des Gottscheer Gebietes die „Schulnachrichten“ (Schulzeugnisse) ausschließlich in slowenischer Sprache herauszugeben. — Eine Erleichterung der Verständigung zwischen Schule und Haus wird hiedurch nicht erzielt werden.

— (Staatsaufsicht und Staatsverwaltung des Großgrundbesitzes.) Der Minister für Agrarreform hat im Einvernehmen mit dem Minister für Ackerbau und dem Minister für Forste und Bergwerke eine neue Verordnung über die Staatsaufsicht und staatliche Verwaltung des Großgrundbesitzes herausgegeben. Im Sinne dieser Verordnung fallen alle Großgrundbesitze unter die Staatsaufsicht, nach Bedarf übernimmt der Staat sie auch in seine Verwaltung. Alle Großgrundbesitzer sind verpflichtet, ihre Geschäftsbücher in serbokroatischer oder slowenischer Sprache zu führen.

— (Die Beiträge zur Geschichte und Landeskunde von Gottschee) können bis auf weiteres nicht fortgesetzt werden, weil die nötigen Geldmittel fehlen. Die Sparkasse der Stadt hatte zwar im vorigen Jahre für diesen heimatischen Zweck den Betrag von 2000 K bewilligt, allein diese Post wurde behördlicherseits nicht genehmigt. Durch den Absatz der Landeskunde-Hefte allein kann aber das wissenschaftliche Unternehmen finanziell nicht gedeckt werden. Man müßte da den Preis des Hefes mindestens verdoppeln (statt 4 K also 8 K), was aber den Bezug der Hefte, der schon bisher ein mäßiger war, stark beeinträchtigen würde, so daß das Unternehmen zweifellos passiv würde. Es bleibt also nichts übrig als bis auf weiteres die Herausgabe der Landeskunde-Hefte einzustellen, falls dem Unternehmen nicht von anderer Seite eine ausreichende Unterstützung zuteil wird oder sich ein opferwilliger Mäzen findet, der für die ungedeckten Kosten aufkommt.

— (Tanzverbot.) Die Landesregierung für Slowenien hat bis Ostern alle öffentlichen Tanzveranstaltungen untersagt.

— (Mehr politische Einsicht!) Wir Gottscheer sollten bei der großen Schwierigkeit der politischen Lage, in der wir uns befinden, in politischer Beziehung besonders vorsichtig sein. Jene unserer Landsleute, die sich jetzt auf einmal, auf Knall und Fall, ohne rechte Überlegung der sozialdemokratischen Partei mit Haut und Haar verschrieben haben, lassen diese Vorsicht leider ganz und gar vermissen. Im künftigen Parlamente in Belgrad werden nämlich die Sozialdemokraten nur eine ganz kleine, unbedeutende Minderheit darstellen, da ja bekanntlich in Jugoslawien das Bauerntum zwischen 80 und 90 Prozent der Bevölkerung darstellt, was auch bei den Parlamentswahlen zum Ausdruck kommen wird. Ist es da nicht töricht, sich einer politischen Gruppe anzuschließen, die in ihrer unbedeutenden Minderheit wenig Einfluß haben wird, während dadurch andere wichtige und mächtige Parteien, durch die man eher etwas erreichen könnte, unflugerweise abgestoßen werden? Wir erwarten daher mit Sicherheit, daß jene von unseren Landsleuten, die sich vorübergehend zu einem falschen politischen Schritt verleiten ließen, bis zur Zeit der Wahlen in die Konstituante sich eines besseren besinnen werden. Sonst würden sie selbst schuld daran sein, wenn sich die Lage unseres Volkes bedeutend verschlechterte. Der Schwache muß sich an Starke anlehnen, nicht an Schwache.

— (Die neue Wahlordnung.) „Politika“ (Belgrad) meldet: Der Minister für die Konstituante Stojan Protic bereitet einen Gesetzentwurf für die Abgeordnetenwahlen vor. Dieser Gesetzentwurf wird, wie behauptet wird, Ende dieser Woche fertig sein. Es scheint, daß dieser neue Entwurf mit wenigen Änderungen auf der alten serbischen Wahlordnung begründet sein wird. Es wird das allgemeine Wahlrecht eingeführt werden. Die Gruppe des Dr. Korosec verlangt, daß auch den weiblichen Personen das Wahlrecht verliehen wird. In der ersten Sitzung des Parlaments, welches auf den 1. März einberufen worden ist, wird die Regierung mit der Erledigung des Wahlordnungsgesetzes als mit dem ersten Punkte ihres Programmes vor die Volksvertreter treten. Die Gemeindevahlen werden anfangs Mai stattfinden, die Wahlen für die Konstituante anfangs August.

— (Wer schädigt den Bauer!) Wir erhalten folgende Zuschrift: Unter dieser Anschrift brachte das Blatt „Die Volksstimme“ einen Artikel, welcher zu sehr geeignet ist, eine irrtümliche Auffassung der hiesigen Jagdverhältnisse in der Bevölkerung zu verbreiten. Auch fehlte es in diesem Artikel nicht an unflüchtigen Verdrehungen und Verdächtigungen. Eine diesbezüglich auf Grund des § 19 des Preßgesetzes eingesendete formelle Berichtigung zu diesem Artikel blieb von Seite der Redaktion der Volksstimme unveröffentlicht und unbeantwortet. Desgleichen erhielten wir auf eine vorher zugesandte Aufklärungszuschrift keine Antwort. Man kann es getrost dem geschätzten Leserkreise überlassen, sich über die Schriftleitung dieses Blattes ein entsprechendes Bild zu machen. Ein feines Benehmen ist dies auf keinen Fall. Unbeschadet weiterer Schritte nehmen wir uns mithin die Freiheit, in unserer Gottscheer Zeitung auf diese Anwürfe zurückzukommen und geben im Nachstehenden die formelle Berichtigung zu diesem Artikel genau so, wie sie der Volksstimme zugesendet worden ist. 1.) Es ist nicht wahr, daß im Verwaltungsbezirke Gottschee für die Verteilung von Raubtieren nichts getan wird; wahr ist jedoch nachfolgendes: Die Bezirkshauptmannschaft Gottschee hat in Würdigung diesbezüglicher Klagen von Seite der hiesigen Bevölkerung den gefertigten Ausschuß ins Leben gerufen und ihn mit der Leitung der Raubtierverteilung betraut. Es wurden von den Jagdhäusern und den betreffenden Gemeinden Beiträge zur Schaffung eines Fonds entrichtet und sind aus diesem Fonds bereits ansehnliche Beträge für erlegte Wölfe, Wildschweine und Dachse geleistet worden. Seit einem Jahre sind im Bezirke 7 Wölfe, einige Bären und anderes Raubzeug in großer Anzahl vertilgt worden. Die Bezirkshauptmannschaft Gottschee hat durch Anregung zu dieser Aktion sicherlich einen auch für andere Bezirkshauptmannschaften vorbildlichen Schritt getan und verdient hierfür jedenfalls den Dank der hierbezüglichen Bevölkerung. 2.) Unwahr ist die Behauptung, daß hierzulande das Gift so gewissermaßen hausenweise überall herumliegt; richtig sind vielmehr folgende Angaben: Gift ist überhaupt schwer zu bekommen. Vom Giftlegen ist kein Unglücksfall zu verzeichnen.

Wenn aber gelegentlich ein Hund oder eine Kage dadurch verunglückt, so war hierbei nicht immer der Jäger schuld. Ein Rindvieh oder gar ein Kind sind jedoch nie zu Schaden gekommen. Das Eisenlegen wäre auch nach unserer Meinung weidmännischer. Es führt aber zumeist nicht zum erwünschten Ziele, weil die Eisen, auch wenn sie zu haben wären, gewöhnlich gestohlen werden. 3.) Es ist nicht wahr, daß die Beamten der hiesigen Bezirkshauptmannschaft oder gar der Herr Bezirkshauptmann selbst durch Keschlägel bestochen werden; wahr ist jedoch, daß auch diese Herren das Wildbret, das sie essen, bezahlen müssen. Für die Aufnahme dieser Zeilen bestens dankend, zeichne ich für den Raubtierverteilungsausschuß und für die Jagdhäuser

Anton Hauff jun.

— (Bolschewiken und Bauern.) Auch bei uns gibt es auf dem Lande Leute, die nicht nur ins sozialdemokratische Horn blasen, sondern sogar mit den Bolschewiken liebäugeln. Sie haben offenbar keine blasse Idee, wie die Bolschewiken in Rußland mit den Bauern umgegangen sind. Hierüber lesen wir in der Zeitschrift „Das Neue Reich“ (8. Februar 1920): „Am lehrreichsten ist das Schicksal, welches Lenin und seine Truppen dem russischen Bauernstande zuteil werden lassen. Daraus können unsere Agrarier manches lernen, da sie jetzt in der Koalition sich als brave Zinnsoldaten und gehorsame Parlamentsknechte der Sozialdemokraten benehmen. Steuern und Kontributionen braucht der Bolschewikenstaat und ist auf den Bauernstand als Melkkuh angewiesen. Lenin hat also für jedes Dorf einen Bauernrat aus den Ärmsten, beziehungsweise aus den Arbeitslosen gebildet; diese repartieren die Siebzigkeiten an Vieh, Getreide und Geld auf die Gemeinde, behalten die eine Hälfte für sich, liefern die andere Hälfte dem Staate. Zuerst wurden diese von Lenin eingesetzten Expresser in den Dörfern geprügelt oder erschlagen. Dann aber erschienen die roten Truppen, verbrannten das Dorf, massakrierten Männer, Frauen und Kinder. Jeder Widerstand hat seither aufgehört; allerdings hauen die Landleute nur mehr das Notdürftigste an, was den Jahresbedarf der Familie deckt. Mögen unsere Bauern nie vergessen, daß auch bei uns schon proletarische Emisäre aufs Land hinaus beordert wurden, um das Gesinde aufzuhegen; auf den Bauertagen ist darüber nicht selten Klage geführt worden.“ — Wenn unsere sich sozialdemokratisch gebärdenden Bauern nicht russische Erfahrungen machen wollen, sollen sie mit dem Feuer nicht spielen, sonst wird der revolutionäre Brand, in den sie hineinblasen, ihre eigenen Häuser in Flammen setzen.

— (Erhöhung der Tabakpreise.) Vom 20. Februar an ist für Zigaretten- und Pfeifentabak und für Zigarettensätze eine neuerliche 10 bis 20 prozentige Preiserhöhung eingetreten.

— (Falsche Ein- und Zweikronennoten.) Es sind ziemlich viele falsche Ein- und Zweikronennoten im Umlauf, die den Stempel „Gemeindeamt Stadt Bükkermarkt“ tragen.

— (Die Tabakerzeugung) wird nach einem Beschlusse unserer Monopolleitung auf 10 Millionen Kilogramm erhöht werden.

— (Vorsicht beim Wegwerfen von Karbid!) Man hat die Beobachtung gemacht, daß nun häufiger als früher Hühner plötzlich eingehen. Die Hühner picken nämlich Karbidstücke auf, welche achtlos wegwerfen werden. Im Magen der verendeten Hühner finden sich weiße Steinchen (Karbidrestchen), welche die Vergiftung herbeiführen. Man soll also solche Karbidstücke nicht achtlos wegwerfen, wie dies nur zu oft geschieht.

— (Schwäbisch-deutscher Kulturbund.) In jüngster Zeit ist im Banat und in der Batscha der „Schwäbisch-deutscher Kulturbund“ ins Leben gerufen worden, der seinen Sitz in Neusatz hat. Dieser Bund stellt die unpolitische Zentralorganisation aller Schwaben im SHS-Staate dar. Er soll alle Schichten der dortigen deutschen Bevölkerung umfassen und will seinen Zweck erreichen durch Gründung wirtschaftlicher und finanzieller Anstalten, landwirtschaftlicher, kaufmännischer und gewerblicher Verbände sowie überhaupt durch Maßnahmen, welche das Wohl des Volkes zu fördern geeignet sind. Wir Gottscheer begrüßen aufs herzlichste den neugegründeten Kulturbund unserer deutschen Brüder im Banat und in der Batscha und wünschen ihm bestes Gedeihen. Es ist eine Freude zu sehen, wie das deutsche Volkstum im Banat sich seines wahren Wesens nunmehr immer mehr bewußt wird und zu neuer

Kraft erwacht. Wie verschieden sind doch die Schicksale der Schwaben des Banats und der Gottscheer! Die Schwaben haben früher unter der Herrschaft der Magyaren unter dem schwersten Drucke gelitten, von dem sie nun durch den Umsturz im November 1918 befreit worden sind, während uns Gottscheer das entgegengesetzte Schicksal traf. Uns brachte der Umsturz nicht Befreiung, sondern schwere Schicksale. Die Serben des Banats haben gleich den Schwaben früher unter dem magyarischen Joch schwer gelitten; es gereicht ihnen zur Ehre, daß sie sich nicht nur selbst der neu errungenen Freiheit erfreuen wollen, sondern auch ihren ehemaligen Leidensgenossen, den Schwaben, die freie Entwicklung ohne jeden Kleinlichen Nationalhaß gönnen. Die regierenden serbischen Kreise haben den Schwaben deutsche Volks- und Mittelschulen bewilligt und legen der freien kulturellen Entwicklung der Schwaben nichts in den Weg. Wir Gottscheer würden es mit freudigem Danke begrüßen, wenn nunmehr auch für uns bald die Zeit käme, wo man uns, die wir durch und durch treue Bürger des SHS-Staates sind, wieder Luft und Licht läßt, um auf unserem Boden nach unserer Eigenart frei leben zu können.

— (Zur Frage der Valutaregelung.) Vor einigen Tagen hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die bereits im Zuge befindliche Banknotenauswechslung fiktiv werde. Diese Zeitungsmeldung entsprach nicht der Wahrheit. Der bereits begonnene Banknotenaustausch konnte von der neuen Regierung nicht mehr fiktiv werden. Was die endgültige Lösung der Relation zwischen den alten und neuen Banknoten anbelangt, also ob es bei 1:4 verbleibt, wogegen aber die Bevölkerung des gesamten Kronenbereiches des Staates die schärfste Stellung einnimmt oder ob schließlich das Verhältnis noch *al pari* (1:1) gestaltet werden wird, wird hierüber das Parlament zu entscheiden haben. Es wird sich hierbei auch zeigen, ob jene Kreise und Parteien, die früher als Regierungsleute den Austausch im Verhältnis von 1:4 genehmigt oder zugelassen haben, nun aber in der Opposition auf einmal scharf dagegen auftreten, der Öffentlichkeit nur etwas vorheucheln oder ob ihr Widerstand ernst zu nehmen ist. Wenn nämlich in dem nunmehr endlich wieder einberufenen Parlament in Belgrad in der Valutafrage sämtliche Vertreter des Kronenbereiches, also alle Abgeordneten aus Slowenien, Kroatien, Dalmatien, Bosnien, Herzegowina, Batschka und Banat gegen die endgültige Einwechslung der Banknoten im Verhältnisse von 1:4 stimmen, dann wird sich für den Beschluß, eine für uns günstige Änderung zutreffen und so unsere finanzielle Lage zu retten, eine erdrückende Majorität ergeben. Bleiben aber die nunmehr schmollenden Abgeordneten der jetzt in der Opposition befindlichen demokratischen und sozialdemokratischen Partei den diesbezüglichen Beratungen fern, so ist das finanzielle Verhängnis für uns alle unausweichlich. Das Volk müßte also in dieser Frage ohne Rücksicht auf die Parteistellung auf sämtliche Abgeordnete einen starken Druck ausüben, daß sie in dieser Frage alle ohne Ausnahme geschlossen für eine gerechte Lösung eintreten. Wird dies der Fall sein? Wie die Blätter melden, hat der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten am 23. Feb. den Beschluß gefaßt, sich an den Sitzungen des Parlamentes nicht zu beteiligen. Wenn dies wirklich der Fall ist, geben die sozialdemokratischen Abgeordneten die Interessen der Bevölkerung in der Valutafrage vollkommen preis. Was die frühere demokratisch-sozialdemokratische Regierung in der Valutafrage verfehlt hatte, das müßte jetzt durch das Parlament verbessert werden. Abgeordnete also, die sich bei der über das Vermögen der Bevölkerung entscheidenden Beratung und Abstimmung absentieren, würden zu Verrätern und Preisgebern unseres Volkvermögens werden und zu Verberbern unserer wirtschaftlichen Lage. Sie würden die schwere Schuld auf sich laden, daß dem Volke drei Viertel seines Geldvermögens weggenommen werden.

— (Die wahre Liebe ist das nicht!) In Deutschösterreich möchten die Führer der Sozialdemokratie (Dr. Bauer) anlässlich der Vermögensabgabe die Bauerngüter mit Zwangshypotheken belasten und diese Pfandbriefe sodann im Ausland absetzen. Die Bauern würden auf diese Weise auf unabsehbare Zeit Schuldner und Sklaven der Großjuden des Westens werden. Und bei uns? Bei uns wollen sich, wie die Blätter berichten, die sozialdemokratischen Abgeordneten vom Parlament absentieren und es also auf diese

Weise widerspruchslos und teilnahmslos geschehen lassen, daß die Valutafrage definitiv im Verhältnis von 1:4 (ein Dinar = vier Kronen) gelöst würde und wir alle einschließlich sämtlicher Bauern drei Viertel unseres Geldvermögens einbüßen würden. Dabei flunkern aber die sozialdemokratischen Senblinge unseren Bauern noch immer etwas vor von ihrer Liebe zum Bauernstand und von ihrer Bereitwilligkeit, den Bauern zu helfen. Es gehört wahrlich schon eine große Portion Naivität dazu, wenn es noch immer Bauern gibt, die auf diesen Reim gehen.

— (Die Begleichung von Schulden an feindliche Staatsangehörige.) Die Sektion für die Durchführung der Friedensverträge hat folgenden Akt an das Justizministerium mit dem Ersuchen gerichtet, ihn zur Darnachachtung allseits zu veröffentlichen: An die Schuldner der Angehörigen feindlicher Staaten. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Friedensverträge mit Deutschland, Deutschösterreich und Bulgarien, allenfalls auch mit Ungarn und der Türkei, wird allen Bürgern des Königreiches SHS, die auf Grund von vor dem Kriege oder während desselben abgeschlossenen Rechtsgeschäften Schuldner deutscher, bulgarischer oder türkischer Staatsangehöriger sind, weiters den Bürgern des Königreiches Serbien und des Königreiches Montenegro, die aus den angeführten Geschäften Schuldner österreichischer oder ungarischer Staatsangehöriger sind, zur Kenntnis gebracht, daß das Verbot der persönlichen und direkten Begleichung der Forderungen ihrer deutschen, österreichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Gläubiger auch fernerhin in Kraft bleibt. Jeder Akt, der in welcher Form immer diesem Verbot zuwiderhandelt, wird als ungültig betrachtet werden und würde zur Folge haben, daß der Schuldner Gefahr läuft, seine Schuld noch einmal an unseren Liquidator bezahlen zu müssen. Demgemäß können unsere Staatsangehörigen von ihren Schulden durch deren direkte Bezahlung an die Angehörigen feindlicher Staaten niemals befreit werden. Außerdem ist und bleibt verboten: a) jedes Geschäft, das sich auf unter Sequester befindliche Güter feindlicher Staatsangehöriger beziehen würde; b) jede Einlösung von Kupons unserer Wertpapiere, die Eigentum feindlicher Staatsangehöriger sind oder waren und deren Zahlungsfrist nach dem 1. August 1914 abgelaufen ist.

— (Sozialdemokratie und Valutafrage.) Der Vollzugsausschuß der sozialdemokratischen Partei hat vor ein paar Tagen, wie „Naprej“ berichtet, u. a. auch einen Beschluß über die Valuta gefaßt. In diesem heißt es, die Frage der Auswechslung des Geldes im Verhältnis von 1:1 oder 1:4 sei nur von nebensächlicher Bedeutung! Den Sozialdemokraten ist es also nebensächlich, wenn wir drei Viertel unseres Geldvermögens verlieren. Wie können da unsere Bauern mit dieser Partei an einem Strang ziehen.

— (Valutafrage und Sozialdemokratie.) Der Kampf um die Valuta ist noch nicht beendet, er ist im Gegenteil jetzt in das entscheidende Stadium getreten. Man wird auf Seite der Kroneninteressenten alle Kräfte anspannen müssen, um eine gerechte Lösung der Valutafrage herbeizuführen. Die jetzt im Zuge befindliche Auswechslung der Kronennoten mit den Kronendinar-Noten bedeutet nur eine provisorische Lösung dieser Frage. Die definitive Lösung der Valutafrage wird hiedurch allerdings für uns nicht günstig präjudiziert, allein eine gerechte Lösung in unserem Sinne, nämlich der definitive Austausch im Verhältnis von 1:1 (*al pari*) ist noch immer möglich. Diese Lösung wird im Parlament geschehen. Dort müssen also alle Vertreter des Kronenbereiches geschlossen für den Banknotenaustausch im Verhältnis von 1:1 stimmen. Nun hat aber der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten, wie die Blätter melden, beschlossen, sich an den künftigen Sitzungen des Parlamentes nicht zu beteiligen. Wenn also hiedurch der Beschluß des Austausches *al pari* zu Fall kommt, werden die sozialdemokratischen Abgeordneten die Schuld daran tragen, daß sämtliche Besitzer von Kronengeld um drei Viertel ihres Geldvermögens verkürzt und benachteiligt sein werden. — Was sagen unsere sozialdemokratischen Bauern dazu?

— (Sozialdemokratie und Bauernstand.) Ohne bäuerliche Bevölkerung ist die Sozialdemokratie verloren, selbst dann, wenn sie die gesamte industrielle Arbeiterschaft auf ihrer Seite hätte. Es ist daher begreiflich, daß die Sozial-

demokratie die größten Anstrengungen macht, die Bauern auf ihre Seite zu bringen. „Dislang hat sie“, schreibt Schubert, „freilich anstatt des freundlichen bäuerlichen Händedrucks noch gewöhnlich Fäuste und Dreschflügel bekommen. (Ausnahmen wie in manchen Gottscheer Gemeinden bleiben eben nur mehr oder minder wunderliche Ausnahmen. D. Schriftl.) Kein Wunder; denn sie hat ja kein brauchbares Bauernprogramm, und das, welches sie hat, hängt sie vor dem Bauer nicht zum Fenster hinaus. Der Bauer aber weiß längst, daß die Sozialdemokratie für ihn nur den Bettelstab hat. Ihr ganzes Bauernprogramm besteht in sieben Worten: ‚Überführung von Grund und Boden in Staatseigentum‘, und damit lockt sie keinen Bauer hinter dem Ofen hervor; wenn Bauern zufällig in sozialdemokratische Versammlungen geraten, so verspricht ihnen der Sozireferent, nachgerade auf eigene Faust, was sie nur immer gerne hören. Am Frankfurter Parteitag (1894) hieß es: ‚Ein Bauernprogramm muß her, und wenn wir es aus dem Mittelpunkt der Erde holen.‘ Eine Agrar-Kommission wurde eingesetzt, die das Programm ausarbeiten sollte. Das war aber keine Kleinigkeit. Wollte die Sozialdemokratie dem Bauer helfen, so müßte sie sich ins eigene Fleisch schneiden. Die Kommission saß zwischen zwei Stühlen auf dem Boden. Das von ihr ausgearbeitete Programm, welches dreiviertel Jahre später im ‚Vorwärts‘ erschien, schaute auch danach aus. Am Breslauer Parteitag wurde darüber beraten; Genosse Schippel nannte es eine Charlatanerie, aus dem Programm anderer Parteien zusammengeschnitten. . . . Sechs Monate vorher verriet Bebel in der Kanitz-Kommission im Reichstage die wahren Absichten der Sozialdemokratie mit dem Bauernstand: ‚Wenn Sie mir sagen, in zwei Jahren werde die ganze Landwirtschaft kaputt sein, so würde das für mich die erfreulichste Aussicht sein? . . . Aus dem Mangel eines Bauernprogrammes erklärt sich in erster Linie die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf dem Lande noch wenig oder gar nicht Wurzel gefaßt hat. . . . Die Sozialdemokratie könnte einzig nur dann die Bauernschaft gewinnen, wenn sie für dieselbe etwas außergewöhnlich Gutes in der Tasche hätte. Sie hat aber für den Bauer nur den Bettelstab! Den reicht sie ihm hin und sagt: ‚Greif zu, Bettler, viel Glück auf die Reise in den sozialistischen Zukunftsstaat!‘ Wie könnte sie ihm auch anders helfen, denn nach der Lehre des Juden Marx ist der Bauer ebenfogut wie der Gewerksmann dem naturnotwendigen Untergang verfallen. . . . Wenn nirgends, so hat die materialistische Wissenschaft der Sozialdemokratie mit der ökonomischen Entwicklung des bäuerlichen Grundbesitzes ein beschämendes Fiasko gemacht. Selbst den Vernsteintöter Bebel beschlich ein Angstgefühl, als er an einem Parteitage die Bauernfrage gegen Vernstein wohl oder übel anschneiden mußte. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft bestehen allerdings Unklarheiten“, meinte er, „weil der Staat mit seinen Hilfsmaßregeln dort die natürliche Entwicklung (d. h. den Untergang der Kleinbauern) störe.“

— (Der innere Friede im SHS-Staate.) Generaloberst Stefan Freiherr von Sarkotić, vormals Landeschef von Bosnien-Herzegowina, schreibt in der Wochenschrift „Das Neue Reich“ (15. Februar l. J.): „Der innere Friede im SHS-Staate kann nur auf der Plattform des Jugoslawismus und des Föderalismus zustandekommen. Den Zentralisten soll die bonafides nicht abgesprochen werden. Aber zu verschiedenen sind die Stammeseigentümlichkeiten, zu verschieden die Tradition, Geschichte, Kultur und Religion der Serben, Kroaten, Slowenen und Muselmanen. Wer dies alles auf einmal begraben oder in einen Topf werfen will, der begräbt den Staat. Jenen, die über die Stammeseigentümlichkeiten gering denken, kann gesagt werden, zuerst kommt die Familie, dann der Stamm und das Volk. Der Stamm erhebt sich zunächst über den Begriff des Vaterlandes. Er ist das Primäre, erst mit der Seßhaftigkeit der Stämme erwacht ihre Liebe zur Scholle, zur Heimat, und die Bereitschaft, für sie alles hinzuopfern. Hiedurch wird erst das Vaterland zum Stamm emporgehoben, beide werden voneinander unzertrennlich, identisch und zu Objekten des Patriotismus. Der Serbe bleibe daher Serbe, der Kroat Kroat und der Slowene Slowene, jeder liebe seine Heimat und alle drei seien Jugoslawen und Jugoslawien sei ihr gemeinsames Vaterland. Derjenige, der bereit ist, seinen Stamm aufzugeben,

wird auch mit der Preisgabe seines Volkes nicht zögern, umgekehrt wird der am Stamm Festhaltende auch das Gesamtwaterland zu schützen wissen." — Generaloberst von Sartorié schreibt, in der Opposition (die jetzt zur Regierung gelangt ist. D. Schriftl.) ständen die besten Köpfe, die erfahrensten Politiker, und es wäre zu wünschen, daß sie den Sieg über die Regierung davontragen. — Dieser Wunsch ist nunmehr in Erfüllung gegangen. Hoffen wir, daß auch die Lage der Deutschen im Staate allmählich eine bessere werden wird.

— (Erinnerungen) eines alten Gottscheers vom Wundarzt Treiz.

Es lebt' ein Arzt in unsrer Stadt,
Um seiner zu erwähnen,
Ein hilfsbereiter Freund, — nur hatt'
Er Haare auf den Zähnen,

Der Hiska, Huf, der Svatopluk,
Das waren seine Helden;
Doch wußt' auch von St. Nepomut
Nüchtmliches er zu melden.

Am Abend saß er gern beim Bier,
Erging sich meist in Politik,
Nur schien's ihm unerwünschte Bier,
Bermied man eine Kritik.

Wohlan! aliquid contra dic,
Ut simus duo! Zweie!
Er fürchte keinen Augenblick,
Ich bräch' ihm drob die Treue!

Heraus die Meinung, frei heraus!
Ich will Gehör dir schenken,
Und sei sie noch so bunt und kraus,
Deshalb dir nichts verdienen.

Benütze wacker deinen Kopf,
Quot capita, tot sensus,
Sonst halt ich dich für einen Tropf,
Wie viele aus dem Zensus.

Das halbe Leben ist ein Streit,
Ein jeder wird gekniffen.
Drum sei gerüstet alle Zeit
Und laß dich nicht verblüffen!

Hier schüttelt unser Treiz das Haupt
Und blies vom Bier die Worte.
Der Minderzahl sind heut erlaubt
Nur „Lieder ohne Worte“.

Verdreng. (Feuerwehr.) Sonntag den 8. v. M. fand hier die Jahreshauptversammlung der Freiw. Feuerwehr Verdreng statt, welcher sämtliche Mitglieder beiwohnten. Es wurde die Neuwahl des gesamten Ausschusses vorgenommen. Gewählt wurden: zum Wehrhauptmann Herr Franz Hiris, Landwirt in Verberb 8; zum Wehrhauptmann-Stellvertreter Herr Matthias Jonke, Landwirt in Verdreng 1; zum Schriftführer Herr Karl Schuster, Landwirtsjohn in Verdreng; zum Schriftführer-Stellvertreter Herr Matthias Jonke, Landwirt in Ober-Pockstein; zum Kassier Herr Paul Jonke, Landwirt in Verdreng; zum Kassier-Stellvertreter Herr Josef Lachner, Landwirt in Verdreng; zum Spritzenobmann Herr Johann Lachner, Landwirt in Verdreng; zum Spritzenobmann-Stellvertreter Herr Franz Schemitsch, Landwirtsjohn in Verdreng; zum Steigerobmann Herr Johann Herbst, Zimmermann in Verdreng 22; zum Steigerobmann-Stellvertreter Herr Peter Herbst, Zimmermann in Verdreng 22; zum Schutzmännchaftsobmann Herr Michael Lachner, Landwirtsjohn in Verdreng; zum Schutzmännchaftsobmann-Stellvertreter Herr Franz Verberb, Besitzer in Ober-Pockstein; zum Requisitionmeister Herr Jakob Janesch, Landwirt in Verdreng; zum Requisitionmeister-Stellvertreter Hans Staudacher, Landwirtsjohn in Verdreng 2; zum Zugsführer Herr Johann Högler, Landwirtsjohn in Verdreng; zum Zugsführer-Stellvertreter Herr Johann Jonke, Besitzer in Ober-Pockstein; zum Kottensführer Herr Johann Staudacher, Landwirtsjohn in Verdreng 12; zum Kottensführer-Stellvertreter Herr Josef Gregoritsch, Landwirt in Ober-Pockstein; zum Schlauchführer Herr Matthias Jonke, Landwirtsjohn in Verdreng; zum Schlauchführer-Stellvertreter Herr Franz Hiris, Landwirtsjohn in Verberb; zum Hornisten Herr Johann Herbst, Landwirtsjohn in Verdreng 3; zum Hornisten-Stellvertreter Herr Rudolf Hiris, Landwirtsjohn in Verberb;

zum Sanitätsobmann Herr Johann Jallitsch, Holzhändler in Verberb; zum Sanitätsobmann-Stellvertreter Herr Leopold Schemitsch, Landwirtsjohn in Verdreng, und Herr Franz Ruppe, Landwirt in Unterpockstein.

— (Ehrung.) Bei der Jahreshauptversammlung der Feuerwehr wurde der bisherige Hauptmann und Gründer unserer Wehr Herr Josef Lachner, Landwirt in Verdreng Nr. 7, wegen seines verdienstvollen Wirkens für die Feuerwehr einstimmig zum Ehrenmitgliede, bezw. zum Ehrenhauptmann der Freiw. Feuerwehr Verdreng ernannt. Dem so nach Verdienst Geehrten unsere herzlichsten Glückwünsche!

— (Spende.) Für die Freiw. Feuerwehr Verdreng haben gespendet: Herr Robert Ganslmayer, Jagdinhaber von Gottschee, 50 K; Familie Hiris, Verberb Nr. 8, 20 K; Herr Joh. Herbst, Zimmermann in Verdreng Nr. 22, 8 K; je 3 K: Herr Matthias Jonke, Oberpockstein; Herr Rudolf Jallitsch und Herr And. Jallitsch, Verberb; je 2 K: Herr Michael Rapsch, Ober-Pockstein, und Herr Johann Jallitsch in Verberb. Herzlichen Dank!

Göttentiz. (Vortrag über Sozialismus.) Am 15. v. M. wurde beim Gemeindeamte vom Ortspfarrer ein Vortrag über Sozialismus gehalten, um verschiedenen Unklarheiten vorzubeugen. Der Vortrag umfaßte die Entstehung des Sozialismus (Geschichtliches), die Bestrebungen der Sozialisten betreffend das Privatvermögen, die Arbeitsteilung und die Obrigkeit, auch die Ursachen der Ausbreitung sozialistischer Bestrebungen und die Grundsätze derselben. Es wurde dargelegt, daß einige sozialistische Grundsätze gänzlich undurchführbar sind und von den verhängnisvollsten Folgen begleitet wären. Warnende Beispiele seien Länder mit diesen Grundsätzen, nämlich einige Gemeinden Nordamerikas, sowie jene Inseln Australiens, wo bereits ein gewisser Sozialismus bestehe, indem sich die Gemeinde im Besitze aller Grundstücke befindet. Die Folge davon war, daß sich die Bewohner der größten Trägheit hingaben und trotz der Fruchtbarkeit des Bodens der Gefahr ausgesetzt sind, zu verhungern. Um sich das Leben zu erhalten, wurden sie Menschenfresser. Die Beteiligung am Vortrage war eine sehr rege, aber auch an Opposition und Widersprüchen fehlte es nicht. Es wurden jedoch leider keine sachlichen Einwendungen vorgebracht, sondern Gemeindeverhältnisse u. dgl. Natürlich durfte der Rieger-Widen nicht fehlen, warum der nicht zurückgegeben werde. Die Anfrage aber, warum man jene Waldanteile, die dem Forstamt, und jene Hutweideanteile, die der Ortschaft Handlern abgetreten wurden, nicht zurückfordere, ließ man unbeantwortet. Manche Leute gleichen hier jenem Mann mit dem Leierkasten, der nur ein Lied auf der Walze hat, das sind jene, welche bei jeder Gelegenheit den Rieger-Widen im Munde haben. Zum Schlusse meldete sich zum Worte auch der anwesende Lehrer J. Posnik. Zu erwarten war, daß derselbe auch einiges über den Vortrag, etwas Sachliches sagen werde. Aber siehe da, welche Überraschung! Der Genannte sagte folgendes: Jene, die was leisten und arbeiten, verdienen einen Lohn, Faulenzer verdienen keinen, und zum Pfarrer gewendet, behauptete er, die Geistlichen könnten ohnehin von den vielen Messstipendien und Messstiftungen leben, sie bräuchten keine weitere Bezahlung. Lehrer Posnik mußte allen Ernstes an sein Vorleben erinnert werden, erst daraufhin wägte er sich in seinen Ausfällen gegen die Geistlichen. Zum Vortrage selbst machte Lehrer P. die Bemerkung, er kenne nicht jene Inseln in Australien, wo die strenge Durchführung sozialistischer Grundsätze so üble Folgen gehabt hätte. Als ihm darauf das Werk von Spirago u. a. zitiert wurde, gab sich damit Lehrer P. auch noch nicht zufrieden. Es wird deshalb der löbl. Bezirksschulrat ersucht werden müssen, dem Herrn Lehrer Posnik einen Dienstreue zu gewähren, zwecks einer Studienreise zu jenen Inseln Australiens, wo ein gewisser Sozialismus bereits durchgeführt ist, um sodann nach Aufnahme des Total-

angenscheines hierüber getrenn Bericht erstatten zu können. Nur ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, es könnte der Forschungsreisende von jenen Menschenfressern selbst auch verzehrt werden. Aber der Genannte wäre an diesen Folgen selbst schuld, denn „Konstanz liegt am Bodensee, wer's nicht glaubt, geh' hin und seh'“.

Stöckendorf. (Ein Haus abgebrannt.) Mittwoch den 28. Jänner um 6 Uhr abends brach im Hause des Herrn Johann Mauser in Stöckendorf 10 ein Feuer aus. In kurzer Zeit stand das Gebäude in hellen Flammen. Das Heu auf dem Dachboden und die trockenen Balken in der Nähe des Ofens, die wahrscheinlich den Brand verursacht hatten, boten dem Feuer Nahrung. Nachdem kaum einige Kleidungsstücke aus dem brennenden Hause gebracht worden waren, war ein Eindringen in dasselbe nicht mehr möglich. Das Feuer hätte aber dennoch gelöscht werden können, wenn eine Feuerspritze vorhanden gewesen wäre. Das Gebäude wußte man verloren, aber auch der Schutz der Nachbarhäuser war umso schwieriger, als das Wasser auf die Dächer getragen werden mußte. Mehrere Scheunen fingen an zu brennen, konnten aber immer noch rechtzeitig gelöscht werden. Alle Anstrengungen waren jedoch vergeblich gewesen, wenn nicht ein günstiger Wind die Funken und die brennenden Späne von den Häusern weg über die Äcker und Wiesen getragen und so unschädlich gemacht hätte. Der Wind erreichte diesmal nicht zum Verberben, sondern zur Rettung. Nach zwei Stunden waren vom Gebäude nur noch die Mauerreste und einige verkohlte Balken übrig. Die Gefahr war vorüber und ein noch größeres Unglück abgewendet. Der vom Unglück Heimgesuchte, welcher all sein Hab und Gut verlor und in der Aufregung nicht einmal sein Geld (2000 K) bergen konnte, ist der Unterstützung sehr bedürftig. Die hochwürdigen Pfarrämter werden gebeten, einen Opfergang zu verkünden, und die Gemeindeämter, einen Betrag zum Zwecke der Unterstützung zu bewilligen. Spenden mögen an das Pfarr- oder Gemeindeamt oder an Johann Mauser in Stöckendorf 20 (Post Tschernembl) gesendet werden.

Bad Ischl. (Trauung.) Am 16. Februar hat sich Fräulein Mizi Kump, Kaufmannstochter in Bad Ischl, mit Herrn Karl Semrad, Beamter vom Kalkwerk Bad Ischl, vermählt. Viel Glück!

Verantwortlicher Schriftleiter C. Ester. — Herausgeber und Verleger Josef Spich.
Verlagsdruckerei Josef Banicek in Gottschee.

Verein der Deutschen aus Gottschee in Wien.

Sitz: 1., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft jeden Donnerstag, Familienabend jeden ersten Sonntag im Monate im Vereinsheime Paul Peters Gastwirtschaft, 1., Babenbergerstraße Nr. 5a.

Ein gedeckter Geschäftswagen

in gutem Zustande, ist zu verkaufen bei Matthias Jonke in Richtenbach. 3-1

Ein Zugpferd

schwarzer Wallach, 14 Jahre alt, 158 cm hoch, ist sofort zu verkaufen bei Franz Medis in Unterdeutschau 4. 2-1

Ein Kompagnon

der sich an einem neu zu errichtenden, erfolgversprechenden

Spinnereunternehmen

zu beteiligen wünscht und über ein Kapital von 10.000 bis 100.000 K verfügt, wird gesucht. Anträge sind zu richten an Radešinsky in Walsgrün Nr. 37.

Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtsalokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmarttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11.272.732-27.
Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der
Rentensteuer) 3 1/2%
Zinsfuß für Hypotheken 4 1/2%.